

# Schuhmacher-Fachblatt

## Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands und Publikationsorgan der Zentral-Famken- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen

Nr. 23	Erscheint jeden Sonntag. Abonnementpreis: M. 1.— für das Vierteljahr. Zu beziehen durch alle Postanstalten.	Gotha, 9. Juni 1918 (Erscheinens-Nr. 11)	3. Klasse kosten 50 Pf. die halbjährige Postzeitung. Bei Wiederbestellung 20 Pf. — Stellen- vermittlung-Anzeigen für Mitglieder 10 Pf.	32. Jahrg.
--------	---	---	--	------------

### Inhaltsverzeichnis.

Zum Verbandstag. — Der Verbandstag in Würzburg und die Generalkommission. — Der Arbeitsmarkt in der Schuhindustrie. — Zur Lage der englischen Schuhindustrie. — Aus unserem Beruf. — Arbeitssammlergerichtsurteil. — Wirtschaftliche Lage des Arbeiters. — Entente-sozialistische Politik. — Spiegelspiegel der Gewerkschaft. — Gewerkschaftliches. — Lebensversicherung der Schuharbeiter. — Verbandsnachrichten. — Zentral-Famken- und Sterbekasse der Schuhmacher Deutschlands. — Grenzartikel. — Beilage: Für unsere weiblichen Mitglieder: Ueber Mutterschutz. — Internationaler Frauenkongress. — Fortschritte des Frauenstimmrechts. — Der Geist. — Feuilleton: Der Eierlieb.

### Zum Verbandstag.

Zum Kriegsführen gehört Geld, nochmals Geld und abermals Geld. Das gilt nicht nur für den Krieg der bewaffneten Mächte, der zu wohlwolligem Bewußtsein gegen einander führenden Völkern, das gilt auch für die wirtschaftlichen Kämpfe, die das Proletariat in allen Ländern gegen das Unternehmertum notgedrungen führen muß. Notgedrungen zwischen den Kriegen und den wirtschaftlichen Kämpfen ist es keine andere als nur eine gewisse äußerliche Gleichheit. Ihm Wesen nach sind sie grundverschieden.

Im Kriege müssen sich die Proletarier auf beiden Seiten gegenseitig vernichten, allerdings auch nicht freiwillig. Es tun es unter dem Zwange von Verhältnissen, die sie meist nicht wollen, bisher jedoch noch nicht meistern konnten.

Bei den wirtschaftlichen Kämpfen jedoch stehen die Arbeiter, die im Kriege mit der Kapitalistenklasse ihres Landes kämpfen oder richtiger gesagt: in diesem Interesse, gegen andere Völker kämpfen, den Unternehmern ihres Landes nicht gegenüber. Sie ringen gegen das Kapital, weil es ihnen die Lebensgrundlage wehrt, weil es den sozialen Aufstieg der Arbeiterschaft zu hindern sucht, weil es die Arbeitsbedingungen zu ungünstig für die Arbeiter festsetzen will. Das dem Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit ist das Unternehmertum durch die Beschäftigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung im Vorteil. Er verfügt über eine ungemessen wirtschaftliche Macht; die Größe des dem Unternehmer gegenüber als dem Arbeiter, der Unternehmer politischer und sozialer Einfluss ist ungleich größer als der des Proletariats. Daher müssen sich die Arbeiter gewerkschaftlich zusammenschließen, um sozialistisch, im vorerzählten Sinne berechtigten wirtschaftlichen Geltung zu verschaffen.

Der wirtschaftliche Kampf der Arbeiter ist sozial, wirtschaftlich und allgemein kulturhistorisch, weil sein Ziel dahin geht, einer größeren Masse aus dem sozialen Elend herauszuheben, sie auf eine höhere Stufe kulturellen Daseins zu heben. Der Kampf ist nicht Zweck, er ist das Mittel zu diesem notwendigen und die Lebensversicherung der Menschheit bedingenden Zweck.

Wozu anders steht es mit dem Kriege. Für manche Leute ist er in gewissem Sinne Zweck. Nur durch ihn können sie ihre Daseinsberechtigung wenigstens scheinbar bewahren. Aber sowohl ein Ziel in Betracht kommt, gilt er nicht der Förderung der Klasse, nicht dem sozialen Aufstieg der Masse.

Der Krieg ist vielmehr ein ungeheurer Verwüstungs- und Vernichtungskrieg von Klassenleben, Menschenschicksal und wirtschaftlichen Gütern. Er dient ganz dem Zweck als Mittel zur Vernichtung kleiner Volksteile. Die arbeitenden Massen in allen Ländern werden in fürstliche soziale Höhe gehoben, in größere Abhängigkeit vom Kapital gebracht und mit der verfallenen wirtschaftlichen Sklaverei geht Hand in Hand eine Verfallenerung ihrer politischen Rechte. Eine fast allgemeine Degeneration des Volkes ist die Wirkung der Reaktion in allen Ländern, ein Sparten der Wege zur wirtschaftlichen Genesung.

gen das Kapital und „nationalen“ Kriege haben nichts innerlich Gemeinsames, es sind Gegenfuge. So, letzten Endes erstrebt die Arbeiter bei ihren Kämpfen gegen das Kapital gesellschaftliche Zustände, die diese Kämpfe und auch die weiterschreitenden Zusammenstöße der bewaffneten Mächte überflüssig, unmöglich machen. Die von uns erstrittenen Verhältnisse sollen ja die Voraussetzungen zu den sozialen und kulturellen Auseinandersetzungen fortbilden.

Das Proletariat muß wieder Mittel für kapitalistische und kulturwidrige Zwecke, wie es Kriege sind, ungeheure Opfer bringen. Da gebietet es ihm sein Eigeninteresse, freiwillig und nicht erzwungen, für die Kapitalisten, die auswendig sind, um zu besseren Zuständen zu gelangen, die Mittel aufzubringen, die zum Vordringen und Durchhalten der Wirtschaftskämpfe nicht entbehrt werden können. Von dieser Erkenntnis ausgehend haben auch schon fast alle Verbände die Beiträge erhöht. Nirgends hat man sich der Notwendigkeit verschlossen, daß die Entnahmen der Organisation beträchtlich gehoben werden müssen, soll sie ihre zukünftigen Aufgaben erfüllen. Versteht man es, die Beiträge nur im Ausmaß erhöhter Unterabfertigung lediglich für kampflöse Zeiten zu steigern. Unvermeidlich ist eine Ausfüllung des Kampffonds.

Nach aller Voraussicht stehen der Arbeiterschaft nach dem Kriege wirtschaftliche Kämpfe von solcher Bedeutung bevor, wie wir sie noch nie erlebt haben. Das gesamte Unternehmertum richtet sich gegen die Arbeiterschaft. Die Löhne sollen auf der ganzen Linie herabgesetzt werden. Man denke: Ein Herabsetzen des Lohnes ohne Anstieg auf eine nennenswerte Verminderung der Kosten für die Lebenshaltung!

Eine Bewürdigung der kapitalistischen Klasse wäre gleichbedeutend mit einem kausalen Festhalten der Arbeiterschaft auf die tiefe Stufe der Lebenshaltung, auf die wir im Kriege hinabgefallen sind.

Wer das nicht will, der muß das Mittel wollen, um solcher Gefahr entgegen zu treten. Und dieses Mittel ist zunächst: Stärkung der Organisation! Stärkung durch möglichst unfaßbares Einwirken der bisher noch unorganisierten Berufsorganisationen in unsere Mitgliedschaften und finanzielles Aufstreben, Vergrößerung der Entnahmen, um einmal die sonstigen Unterabfertigungen erhöhen und gleichzeitig Reserven für eventuell notwendig werdende Kämpfe ansetzen zu können.

Ist die Generalkommission von der Idee unzureichender Lebenshaltung getragen, steht sie auf der Höhe solcher Generalkommission, kann werden sie die aus Entscheidung stehenden finanziellen Fragen zum Wohle der Berufsgenossen nicht und zu allgemeiner Zufriedenheit lösen lassen.

Aber ganz entscheidend möchten wir uns gegen die Meinung ausgesprochen, als ob mit einer stillschweigenden Lösung der Notwendigkeit über Abzehrung mit dem Aufbringen von Subsidien alles über sich nur das Wirkliche gelöst sei. Richtig wäre jedoch die Erkenntnis, mit Geld allein „bina die Arbeiterschaft dem Kampf gegen das Kapital entgegenzusetzen“ heißt.

Geld, Geld, nochmals Geld und abermals Geld ist notwendig. Aber es ist damit nur für die äußere Fälligkeit gesorgt. Das Risiko muß aber auch einen Inhalt haben. Der Geist muß die Fälligkeit nicht sein, die die Arbeiterschaft überhaupt beherrscht. Wohl das Bewußtsein der Solidarität, dann bildet sie jemand, der noch so großen Geldmitteln. Soziales Streben, nicht empfindliches Nahrungsmittel, muß die Triebkraft innerhalb der organisierten Arbeiterschaft sein. Und sozialer Streben bedingt Opfermut.

Leider muß gesagt werden, daß wir die Opfermüdigkeit nicht in ausreichendem Maße besitzen haben. Das hat der Krieg unweilhaft bewiesen. Es ist notwendig, dies auszugleichen.

Wohlgelobt sind Arbeiter Kämpfer ausgebrochen, aus ihrer Unterabfertigung. Man fürchtete sich, Anzeichen des Kapitalismus zu tragen, aus Sorge, nicht genügend hohe Unterabfertigungen erhalten oder gar nicht zu erhalten. Und mancher

Kampf ist abgedroht worden, weil die Streikenden glaubten, verhältnismäßig geringe Entbahrungen nicht länger ertragen zu können. Dieser wollte man sich ergeben, als mit einer Forderung der Unterabfertigung sich abzusprechen. Heute aber darf man behaupten, daß Streikende kaum jemals zu einer solchen Entbahrung für Wochen oder höchsten Monats genötigt waren, wie jetzt der größere Teil des Volkes seit Jahren erdulden muß. Sich fassen an Brot und Kartoffeln hat wohl ein jeder früher bei Streiks immer noch möglich machen können. Heute ist das nicht der Fall und doch muß immer schwerer gearbeitet werden, müssen die Schwachen anstrengende Kämpfe bestehen.

Früher haben wir nicht gemerkt, mit wie wenig dem Mensch für eine gewisse Zeit auskommen kann. Nun wollen wir es. Wir haben es gelernt in unheimlicher Weise lernt für kapitalistische Interessen. Diese Lehre des Krieges müssen wir mit hinübernehmen in den Friedenszustand und sie muß nutzbar werden, wenn das Kapital Arbeiter zwingt, in wirtschaftlichen Kämpfen ihre eigenen Interessen wahrzunehmen, sie zwingt, für den sozialen und kulturellen Aufstieg des Proletariats einzutreten.

Die Kunst des Entbahrens, zu der der Krieg uns erzogen hat, die Beherrschung der Zeit, zu der er während langer Jahre zwingt, muß in Zukunft eine bewußt angewendete Waffe werden, die wirksam wird, wenn wirtschaftliche Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit entbahren.

Der Krieg hat gelehrt, welche Entbahrungen ertragen werden können. Sind die Arbeiter gemäß, die gleichen Entbahrungen für ihre eigenen und der allgemeinen Interessen während einer verhältnismäßig geringen Zeit freiwillig auf sich zu nehmen, dann haben wir unsere Waffe gegen das Kapital richtig geschärft und dann fallen wir durch, wenn wir bei Vorbereitung mit gleicher Opfermüdigkeit die finanzielle Unterstützung auf die Höhe gebracht wird.

Bereitschaft zu Opfermut ist die Voraussetzung von Gefolgen der Arbeiter gegen das Unternehmertum und die der Klassen-feindliche kapitalistische Gesellschaftsordnung. D.

### Der Verbandstag in Würzburg und die Generalkommission.

Die Sachstelle Leipzig hat an den Verbandstag in Würzburg folgenden Antrag gestellt: Der Verbandstag möge beschließen, daß die Politik der Generalkommission, wie sie seit Kriegsausbruch von dieser betrieben wird, nicht einverstanden ist. Dieser wollte der Verbandstag den Gesellschaftern sagen, daß bis zur Abreise der Generalkommission an dieser Politik und bis zum Austritt der Generalkommission aus dem sogenannten Volksbund für Freiheit und Vaterland der Zentral-Verband der Schuhmacher die Zahlung der Beiträge an die Generalkommission einstellt.

Zur Begründung gestattet sich der Unterzeichnete folgendes anzuführen: Die Politik der Generalkommission der freien Gewerkschaften Deutschlands dient seit Ausbruch des Krieges nicht den Interessen der organisierten Arbeiter, die Generalkommission hat freiwillig die Logikämpfe aufgegeben, durch die es allein möglich gewesen wäre, die Lage der Arbeiter während des Krieges zu heben. Wenn es heute weiten Schichten der Arbeiterschaft so überaus heutig geht, während die Kapitalisten nicht geringe Gewinne auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung aufhäufen, so ist daran die Generalkommission nicht zuletzt mitschuldig. Weiter hat die Generalkommission jede selbständige Arbeiterpolitik aufgegeben. Die unzureichend und fördert die Drogenpolitik, die im Interesse der Beschäftigten liegt, zugleich der internationalen Charakter des Krieges läuft tendenz in der Richtung getrieben ist, gleich der Mitglieder ein neues Vordringen und Vergewaltigungswesen ist und schließlich in den schließlichen Resultaten die Völker unterdrückt und die Gesellschaft der Völkerverhältnisse und die Grundbesitzer mit Hilfe der heutigen Weltmacht ausgerichtet wird. Die Generalkommission selbst bei ihrer Drogenpolitik, nachdem auch bei und die Drogenpolitik besteht, die im Verangerungsstand und in der Gefahr zum Ausbruch kommt. Die Generalkommission beschleunigt und willigt

das Arbeitsgesetz, das wichtige Rechte der Arbeiter kraft...

Durch diese veränderte Politik ist die so notwendige Einigkeit...

Aus allen diesen Gründen ist es Pflicht des Verbands...

Beipzig.

Munich.

Der Arbeitsmarkt in der Schuhindustrie.

Nach dem Reichsarbeitsblatt veröffentlichten im Monat März die...

Table with 4 columns: Region, Arbeitsstellen, Offene Stellen, Belegte Stellen. Rows include Preußen, Bayern, Sachsen, etc.

In allen acht Staaten war in Uebereinstimmung mit den...

An den Seiden- und Wollindustrie wird über die Lage der...

An der Birmasener Schuhindustrie sollen nach eingelangten...

In der englischen Schuhindustrie war die Beschäftigung...

In der amerikanischen Schuhindustrie ist im Monat Januar...

Die Lage der englischen Schuhindustrie.

Im Reichsarbeitsblatt erzählt man jeden Monat nach der...

Die englische Schuhindustrie ist mit Vorkäufen von Seiten...

und nach den Schätzungen der Fabrikanten haben auch die...

Im vergangenen Quartal hat sich die englische Regierung...

Aus unserem Beruf.

Wie ein Kollege im Cigaretten unseren Reichslohntarif beurteilt...

Zingebung in der deutschen Leder- und Schuhindustrie...

An dieser Erkenntnis verlangten die Zentralstellen...

Arbeitsstammengesetz-Entwurf.

Von Hermann Sadel.

(43.) Es war am 4. Februar 1930. In seinem bekannten...

waren, Agrarern — sind sie gegen das abzuwartende...

Erstlich hieß es: Die verbindlichen Regelungen es für...

Der von den Verbänden eingebrachte Gesetzentwurf...

Die Möglichkeit intensiven Schaffens im Interesse der...

An dieser Erkenntnis verlangten die Zentralstellen...



... aus dem Reichsministerium kommen. Die Leitung der Angelegenheiten des Reichsministeriums ist unter dem Vorsitz des Reichsministers in § 3 des Entwurfs der Verfassung nicht mit aufgenommen.

Die Reichstagskommission der Verfassungsbildung der Art. 13 des Grundgesetzes nach Auszug. Es ist dem Reichstag der Reichstagskommission während des 25. Jahres, wenn sie seit mindestens einem Jahre in der Lage ist, die Reichstagskommission zu bilden, für welche die Reichstagskommission errichtet ist und die Reichstagskommission im vorausgehenden Jahre nicht bestanden hat.

Ein Arbeiter ist nur wählbar, wenn er mindestens drei Jahre in den Gewerben, für welche die Reichstagskommission errichtet ist, gearbeitet hat und seit einem Jahre Reichstagsmitglied ist. Der Reichstagskommissioner muss im Reichsgebiet wohnhaft sein und im Reichsgebiet wohnhaft sein. Er muss außerdem ein Jahr lang tätig gewesen sein und im Reichsgebiet wohnhaft sein. Er muss außerdem ein Jahr lang tätig gewesen sein und im Reichsgebiet wohnhaft sein.

Die Reichstagskommission soll die Reichstagskommission der Reichstagskommission durch gesetzliche Bestimmungen der Reichstagskommission und Angelegenheiten der Reichstagskommission haben nicht umfassen. Die Reichstagskommission soll die Reichstagskommission der Reichstagskommission durch gesetzliche Bestimmungen der Reichstagskommission und Angelegenheiten der Reichstagskommission haben nicht umfassen.

Die Reichstagskommission soll die Reichstagskommission der Reichstagskommission durch gesetzliche Bestimmungen der Reichstagskommission und Angelegenheiten der Reichstagskommission haben nicht umfassen.

### Gewerkschaftliche Wahlrechtspolitik.

Das preußische Abgeordnetenhaus gab der Zentrumspartei Kronenwatz dem "Vorwärts" ein neues Mitglied und beschwerte, der Abg. Ströbel habe der Wahlrecht die meisten Schwierigkeiten bereitet. Sofort griff "Vorwärts" das Wort an. Der Ströbel lebhaft erklärt der Vertreter der U. S. P. können nur ... Vorlage kommt, wenn sie noch weiter verschoben werden, so muss man annehmen, dass die Bedingungen bereit waren, Bedingungen, über die Regierungsverträge hinaus, in Kauf nehmen und vielleicht nachher zu besprechen, die Umstände hätten die Berücksichtigung verschoben.

Die Rektionäre wissen was sie wollen. Ihr Scheitern ist nur (1) durch die Regierung zu brechen.

Die Rektionäre erklären die Arbeiterbewegung für einflusslos, nur die Regierung kann machen! Also eine Bankrottklärung in schärfster Form. Da die Rektionäre die Regierung nicht fürchten, wissen sie nun auch, dass sie überhaupt nichts zu fürchten haben. So werden sie zu der größten Mitschuldigkeit durch Arbeiterführer geradezu angeleitet. Während der "Vorwärts" die Laubbäume der organisierten Arbeiter proklamiert, weil nur die Regierung Macht habe, tonisiert die "Holzarbeiterzeitung", dass es der Regierung "gar nicht ernst ist mit dem Kampf gegen das übermächtige Sozialreform". Die revolutionären Bauarbeiter sollen Gewalt tun; ihre Führer sind jedoch so bescheiden, dass die Regierung nicht die Forderungen hören und müsse. Die Holzarbeiter aber hören, dass die Regierung gar nicht daran denkt, gegen das Sozialreform ernstliche zu kämpfen. Eine satirische Ironie!

Der "Vorwärts für Säbener" erklärt, der reaktionäre "Vorwärts" habe sich nicht als selbst ein verständliches Verhalten. Die Arbeiter müssten in einheitlicher und geschlossener Front zur Regierung über die Rechte der Arbeiter gehen, so würde die Reaktionäre zu doch längt, das kein Einverständnis zu finden. Niemandes auch nur eine Andeutung, dass die Macht der Organisationen für die Bekämpfung des Wahlrechts eingesetzt wurde, nimmermehr auch die Forderung, dass die parlamentarischen Vertreter der Arbeiter alle verfassungsmäßigen Mittel anzuwenden hätten, um eine solche Regierung, stand gegen die Wahlrechtsfrage, zu erzwingen.

So kam, was kommen musste. Die Wahlrechtsgegner wissen, dass sie nichts zu fürchten haben und darum setzen sie auf harte Worte; sie wissen, die deutsche Arbeiterbewegung ist durch die Unwissenheit entmenscht. Somit haben die Politiker des 4. August gehandelt.

### Entensozialisten über Krieg und Frieden.

Die Vertreter der amerikanischen, englischen, französischen und italienischen Arbeiter tagten in Paris, nachdem zuvor die amerikanische Delegation den englischen Organisationen in London einen Besuch abgestattet. Der "Vorwärts" berichtet darüber:

Die Reihe der Reden eröffnete der Parteiführer Dubouche. Nach freundlichen Begrüßungsworten erklärte er, dass wenn der Krieg mit dem Siege des deutschen Militarismus enden sollte, er dem Zusammenbruch der Weltwirtschaft und der Rückgang der menschlichen Zivilisation bedeuten würde. Nach einem Verzicht, der auf dem Selbstbestimmungsrecht der Völker beruht, werde das Zusammenarbeiten der amerikanischen Gewerkschaften mit den Vertretern der englischen, französischen und belgischen Arbeiterklasse dauernde Vorteile bringen.

Dem ging zunächst auf die Meinungsverschiedenheiten der europäischen und amerikanischen Sozialisten ein. Der Gedanke der Teilnahme an einer internationalen Konferenz blies doch erzwungenwert als ein Mittel, das Gewissen der Arbeiterklasse der Zentralmacht zu wecken. Die Völker müssten mit verzerrten Kräften gegen jeden Militarismus Front machen. Schlimm sei das Friedensprogramm des amerikanischen Arbeiterkongresses durchaus zu billigen.

Aber unterbrach der Vorsitzende des Gesamtschreibens der englischen Gewerkschaften O'Grady mit der Bemerkung, jeder Vorker für die Wiederherstellung der Internationale müsse vorangehen, dass die deutschen Organisationen die Verpflichtung übernehmen, das Zusammenarbeiten der Völker zu unterstützen.

Der Vorsitzende der amerikanischen Delegation James J. Wilson dankte und begrüßte die jenseitige Übereinstimmung. Nur Fragen der Lokalkonflikte der amerikanischen und französischen Gewerkschaften. Der Streit drehte sich um die Frage, ob man die deutschen Sozialdemokraten empfangen dürfe, bevor sie ihren Irrtum öffentlich bekennen und ihrer Regierung jede Unterstützung verweigern hätten. Die amerikanischen Arbeiter würden mit ihnen erst zusammenkommen, wenn sie bewiesen hätten, dass sie für den Frieden der Gerechtigkeit seien und die dadurch zwischen den Arbeitern errichteten Beziehungen nicht durchbrechen ließen.

Lougnot, der dann sprach, gab seiner Freude über den Besuch der Amerikaner Ausdruck, stellte aber ihren Ausführungen seine Anschauungsweise deutlich entgegen. Nach seiner Auffassung ist die Idee der Internationale während des Krieges erstickt. Die Regierungen seien unfähig, den Krieg durch einen Frieden zu beenden, wie ihn die Völker verlangen. Kein Frankreich wolle einen Frieden um jeden Preis. Keiner werde einen russischen Frieden annehmen, keiner wolle einen Frieden auf den Äriem der dem deutschen Militarismus. Aber man dürfe den Krieg nicht über den

... hinaus verlagern. In den den ... möglich ist. Darauf müsse das ... neue Kraft hinarbeiten. Die ... dem ...

Der ... der amerikanischen Delegation fragte mit ... man dürfe die ... nicht über ... Die amerikanischen Arbeiter gingen mit der Regierung zusammen, weil sie ihre Kriegsgewinn und ihre Stellung ... in den Arbeiterkongress billigen. Nach Europa seien sie gekommen, um die Meinung der Arbeiter zu hören, um ihnen zu helfen und ihre industrielle Organisation zu fördern.

Marcheim dankte im Namen der französischen Gewerkschaften den Amerikanern für ihren Eintritt in den Krieg. Sie dürfen aber nicht vergessen, dass die arbeitenden Massen Europas schon seit vier Jahren alle Schrecken eines schrecklichen Krieges ertragen, in dessen Schlingensucht und nach ihre künftigen Freiheiten verschwinden. Frankreich leide unter dem Regime der Verdächtigungen. Nur den Feinden des Rechts und der Freiheit ist die Freiheit verboten geblieben. Die Regierungsvertreter hätten ... erklärt, dass die Arbeiter in den Fabriken für einen militärischen Sieg kämpften. In Wahrheit gehe die Schmach des französischen Arbeiter dahin, die Internationale wieder herzustellen und Frieden zu schließen. Die Völker müssten ihren Sifer kämpfen, damit ihr Friedenswille nicht zu einem Frieden nach Art des in ... geschlossenem Friede. Ein militärischer Friede, der durch ... bittet ist kein Friede für die Völker. Die französischen und amerikanischen Arbeiter sind zu verständigen, müssen man auch die Arbeiter von der anderen Seite hören, die ein Opfer ihres falschen Führer seien. Auf die Regierungen können sich die Arbeiter nicht verlassen, da sie unfähig seien, einen echten Arbeiterfrieden herbeizuführen. Nur durch die Anstrengungen der Internationale könne ein Frieden der Gerechtigkeit erreicht werden.

O'Grady schloß sich dann vollständig dem Standpunkt der amerikanischen Gewerkschaftsvertreter an. Zwischen den englischen und amerikanischen Arbeitern gebe es keinerlei Meinungsverschiedenheit. Die Deutschen hätten ihre Versprechungen von den internationalen Tagungen gebrochen und sich im Dienst des preussischen Militarismus in den Krieg gestellt. Ihre einzige Antwort auf das Londoner Memorandum, das Branding den deutschen Parteiorganen übermittelt habe, sei die jegliche Offensive. Die englischen Gewerkschaften unterstützten nicht eine Regierung, sondern alle Rechte der freien Arbeiter. Er sei bereit, sich auch mit deutschen Arbeitern auf einem internationalen Kongress zu treffen, aber es müssten wirkliche Internationalisten sein, wenn die Deutschen ihr Wort, den Gott, den sie seit 26 Jahren anbeten, zerkümmerten, welche aus den Trümmern des deutschen Militarismus die Verbrüderung der Völker neu erbauen.

Die Reihe der Reden schloß Renaudet ab, der die prinzipielle Einmütigkeit der Versammlung feststellte. Diese Einmütigkeit sei kein Datum. Schon 1919 hätten die französischen Arbeiter Wilsons Friedensversuch begeistert aufgenommen. Jaurès habe sich am Tage seiner Ermordung umgekehrt, sich an den Präsidenten Wilson mit der Bitte zu wenden, den europäischen Völkern ein Schicksal zu beschließen. "Wir sind mit Begeisterung in den Krieg hineingekommen, um die Freiheit zu verteidigen", schloß Renaudet. "Aber wir haben Gie. Schon Jaurès hat in seinem Buche 'Die neue Armes' dem Bekannten Ausdruck gegeben, dass wir die Sache der Bundesvereinigung gleichzeitig mit einem Aktion für den Frieden betreiben müssen. Wir rechnen auf eure militärische Hilfe, die bis zur vollkommene Verhängung gehen muß, um wirksam zu sein. Nur dadurch können unsere Opfer an Menschenleben geringer werden. Die Völker müssen einen Frieden des Rechts, aber keine Regierung können lassen sich in andere Bahnen treiben. Deshalb müssen die Sozialisten und Gewerkschaften aufpassen, und das haben sie auch in dem durch die Umstände erlebten Rage getan. Wilsons Friede ist der unsere. Wir unterscheiden nicht zwischen Machtfrieden und Verständigungsfrieden, sondern wir streben den Frieden des Rechts und der Gerechtigkeit. Will das deutsche Volk einen solchen Frieden, dann soll es dafür Beweise bringen. Andernfalls haben wir bei unserer Lösung: in Freiheit leben oder sterben. Wir wollen die deutschen Sozialisten zwingen, eine klare Sprache zu führen. Wenn wir aber darauf hoffen, daß das deutsche Volk sein Bödel umfärzen wird, müssen wir ihm dazu helfen und uns nicht in eine Farnel einschließen. Wir müssen es verstehen, die Umstände in eine bestimmte Richtung zu lenken." Mit einer nachhaltigen Unterzeichnung der nötigen sachlichen Einmütigkeit der amerikanischen und französischen Arbeiter schloß Renaudet.

### Spiegel der Gewerkschaftspresse.

Die "Handlungsgehilfen-Ztg." (Nr. 10) ... hat, muß ein Tag gefunden werden, der ... Gelegenheit zu geben, aufs neue in verbindlicher Weise festzuhalten, nach welcher Richtung unsere Organisationen drängen, welche Bundesorgane sie suchen und welcher Mittel sie sich zur Erreichung ihrer Ziele bedienen soll. Wir wollen uns darüber klar sein: Der gründlichen Aussprache auf einem Verbandstagen über die Kriegszeit steht nicht nur das Bedenken entgegen, daß die am meisten unter dem Kriege leidenden Kollegen daran nicht teilnehmen können, oder wichtiger ist die Tatsache, daß während des Krieges aufgrund mit seinen verhängenen Eingeständungen der Gewerkschaften Rechte ein

Weghabe der Hauptstadt nicht möglich ist. Freilich, dem Völkchen über die bestehenden Verhältnisse sind keine Sorgen gegeben, um so mehr aber der Kritik. Ein Verbandsstag kann also gar nicht ein getreues Spiegelbild der Verhältnisse geben. Trotz alledem aber erscheint es erforderlich, in absehbarer Zeit wenigstens durch eine besondere Tagung, deren Teilnehmer auf Grund der Satzungen gewählt werden, Klarheit zu schaffen, wie wir uns künftig bewegen wollen.

Die „Arbeiter-Ztg.“ (Nr. 21) beschäftigt sich mit der Wahlrechtsfrage in einem Aufsatz, der wie folgt schließt: „Für unsere das Vaterland auch für die erteilte Bewilligung des Wahlrechts. Die Vorrechte der Geburt und des Besitzes müssen aufheben, unsere gesamte Gesetzgebung muß von sozialem Geist durchdringt werden. Das alles ist zur Voraussetzung die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen. Man hat dem deutschen Volk schon immer zugemutet, es hat im Weltkrieg Großes geleistet, man darf aber nicht glauben, daß man es wie ein unwilliges Kind behandeln darf. Das deutsche Volk will das gleiche Wahlrecht in Preußen, und es wird seinen Willen durchsetzen.“

Man möchte gern hören, wie das „durchsetzen“ gedacht ist. Soll es auf rein parlamentarischen Wege geschehen? Dann hätten die Gegner noch lange, sehr lange Wartezeit. Es wird notwendig sein, wirtschaftliche Kampfmittel für das nächste Jahr zu beschaffen.

Der „Korrespondenz“ das Organ des Verbandes der Buchdrucker (Nr. 68), bemerkt in einem Artikel zum bevorstehenden Verbandstag:

„Soll der Verband den Forderungen, die nun einmal auch die Arbeitgeber für die Zukunft unabwieslich sich ergeben, ferner nachkommen, so läßt sich eine Beitragserhöhung nicht mehr umgehen. Haben die Kollegen durch freiwillige Leistungen 2 703 376 M. aufgebracht, um 20 415 Familien unter im Jahre stehenden Mitglieder die Härten der Zeit zu erleichtern (Berlin allein mit 687 000 M.), so wird auch hier, um einen Ausgleich für den geschwundenen Wert zu schaffen, der Appell an die Opferwilligkeit der Beitragszahler nicht vergeblich sein. Es darf nicht dazu kommen, daß durch das Unterstützungswesen das Gesamtwahlrecht beeinträchtigt wird.“

Die „Arbeiter-Zeitung“ (Nr. 20) sowie verschiedene andere Gewerkschaftsblätter bringen einen Hinweis auf die Notwendigkeit, in dem es heißt:

„Aber weder Gedanken und Bergessen darf in Vergessen umbringen. Nicht daß wir einem hurrationalistischen Durchdenken das Wort reden wollen, es darf das Volk der Arbeit nicht schwach werden und seiner selbst willen. Der Krieg braucht ein starkes Geschlecht, der ihm folgende Friede ein noch stärkeres, denn dann gilt es dem Wiederaufbau, der Fortschritt des jungen Friedenswerkes. Der Friede muß ein Dauerfriede werden, kein Krieg mehr darf ihm folgen. Es gilt dann eine Kräfte ausgleichend, im Saume zu halten, die zum Steige treiben, dem friedlichen Wettbewerb muß die Welt offen stehen. Das Volk der Arbeit muß stark sein nach dem Krieg, damit es die durch diesen wachgerufenen bösen Verhältnisse überdauern, es sich frei machen und frei halten kann von solchen Einflüsterungen und in der Kriegszeit eingetauchten Vorurteilen anderer Völkern und Nationen gegenüber. Das Völkchen nach dem Krieg muß uns wieder fremde Jungen verstehen lernen, wir, die wir im Lande nur eine Sprache reden, durch den Krieg aber einander entfremdet wurden, müssen uns wieder brüderlich näher kommen.“

Mit Mühen allein ist da wenig geholfen. Taten müssen es bringen. Weiler aber muß man sagen, daß der Krieg ein kleines Geschlecht gefunden hat, sonst hätte er nicht, wenn schon kein Anbruch nicht zu verändern war, doch nicht die furchtbare Wiedergeburt und lange Dauer finden können. Und wenn man die Haltung großer Volkserzieher zum Krieg als stark bewertet, dann allerdings ist auf ein Weiterwerden der internationalen Solidarität sobald nicht zu denken. Die erste Voraussetzung zur Wiederanknüpfung der alten Beziehungen ist die Erkenntnis, daß die Arbeiter sich zu einem Völkchen nicht proletarischer, sondern sozialistischer Interessen haben misbrauchen lassen.

### Gewerkschaftliches.

#### Der Buchdruckerverband im Jahre 1917.

Die Wahrnehmung der Organisationsinteressen fällt in diesem Gemische besonders schwer, da es nicht zur Küstungsbücherei geht und die Schwierigkeiten durch Materialmangel besonders ausgeprägt ist. Papiermangel und Papierveruerung sowie die Kostennappheit sind darunter zu rechnen. Für die Organisationsinteressen war es daher eine schwere Aufgabe, der notwendigen Vorsehung der Lebensmittel entsprechend wenigstens etwas einen Ausgleich durch Erhöhung der Löhne zu schaffen. Die zunächst gewährten Lohnerhöhungen mußten als durchaus unzureichend bezeichnet werden. Erst durch Verhandlungen mit dem Unternehmerverband wurde die notwendige in möglichste Lohnerhöhungen mit entsprechenden Lohnzulagen abgehandelt; für Berlin kam dazu noch eine besondere Bereinbarung zustande. Im Tarifvertragsleben jedoch im Oktober 1917 die Gehälter erhöht, daß sie mit den bisher gewährten Lohnerhöhungen nicht zu vergleichen waren, während die Prinzipale weitere Opfer an unzulässig hielten, da die Höhe der Löhne für die Arbeiter zu hoch war. Eine Beschränkung war recht schwierig, gelang aber doch auf der Grundlage einer abermaligen Erhöhung der Lohnerhöhungen für alle Gehälter, die sich

in der Hauptstadt zwischen 6 M. und 9,50 M. bewegten, ferner ein Kriegszuschlag von 76 Proz. für Ueberlebenden, Som- und Feiertagsarbeit. Am 1. April 1918 trat jedoch eine Erhöhung der Lohnzuschläge fastmäßig in einigen Orten ein.

Wie sehr der Krieg das gewerbliche und organisatorische Leben beeinflusst, ist an folgenden Zahlen ersichtlich: Von den bei Kriegsausbruch vorhandenen 70 452 Mittelwebern waren bis zum Ende des Berichtsjahres über 60 Proz. oder 53 635 zum Heere einberufen, von denen 9761 wieder entlassen wurden. Der Mitgliederbestand betrug nach Abschreibung der Geforderten und Ausgetretenen 28 848. Im Kriegesgefallen, an Verwundungen und Krankheiten gestorben sind 6217. Interessant ist, welchen Einfluß die Kriegsverhältnisse auch in diesem Gewerbe auf die Lehrlingsfrage ausübte. Die Zahl der Lehrlinge ging gegenüber dem Friedensstand um mehr als 2000 zurück. Einmal ist das daraus zurückzuführen, daß die älteren Jahrgänge der Lehrlinge auch bereits zum Heere eingezogen werden, andererseits aber auch, daß sie besser bezahlte Tätigkeiten in Fabriken oder sonst als ungelernete Arbeiter aufnehmen.

Aus allen Kassen (Verband, Gau, Bezirke und Orte) wurden seit Ausbruch des Krieges bis Ende 1917 in sämtlichen Unterstützungsstellen über 11 Millionen Mark gezahlt, darunter an Arbeitslosenunterstützung circa 3,5 Mill. Mark, an Familienunterstützung, die im Statut nicht vorgesehen und daher eine freiwillige Leistung ist, über 2,25 Mill. Mark. Zu der Familienunterstützung hat die Verbandskasse zwar einen nennenswerten Beitrag geleistet, veranlaßt durch auch nicht werden, daß der Rest durch kollegiale Opferwilligkeit aufgebracht wurde.

Der Verbandsvorstand erkennt in seinem Bericht die praktischen Mängel des Hilfswesens durchaus an und erklärt es für richtig, daß die Gewerkschaften für den Ausbau des Hilfswesens einzutreten und ihre Vertreter nicht etwa im Parlament bei Beratung der Hilfswesensfrage gelassen werden, wie er dem auch weiter durchaus treffend erklärt, daß die Gestaltung unserer wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse immer mehr zur Beschäftigung mit Aufgaben zwingen, die über den Kreis der unmittelbaren Familieninteressen hinausgehen. Die Haltung der Arbeiter im Krieg, ihre Stellung zum Lande und zur Aufrechterhaltung und Sicherung seiner Existenz, die dafür dargebrachten unendlichen Opfer, alles das hat die Bedeutung und den Einfluß besonders der Gewerkschaften erheblich gesteigert, damit aber auch deren Verantwortung. — Am 27. Mai tritt der Verbandstag in Würzburg zusammen, um sich mit dem bevorstehenden Ablauf der Tarife zu befassen, eine Reihe anderer dringender Fragen zu erledigen, nicht zuletzt auch die der Befreiung der durch Döhlens Heimgang entlassenen Güter im Verbandsvorstand.

### Ueberwachungsausschuß der Schuhindustrie.

Der Ueberwachungsausschuß der Schuhindustrie verbande am 30. Mai ein Rundschreiben betr. Anträge auf Bezug und auf Freigabe von Leder- und Knochenleim an alle weiterarbeitenden Betriebe. Ferner, die die Mitteilung nicht erhalten haben, wollen sie vom Ueberwachungsausschuß der Schuhindustrie einfordern.

### Bekanntmachungen des Zentralvorstandes

Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß für die Woche vom 3. Juni bis 9. Juni der 23. Wochenbeitrag fällig ist.

Wienberg, den 1. Juni 1918.

Der Vorstand

### Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen

Stettin, Robert Schulz, 1. Bev., Stadtstr. 21; Paul Gang, 2. Bev., Preußischestr. 21 v. Stf. Weihenfeld. Für den Todesfall des Kollegen Kasse ist die 21. Sterbemarte zu lieben.

### Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Schuhmacher u. v. D. Deutschlands (Kleinerer Verein auf Gegenseitigkeit in Hamburg)

Bekanntmachung des Hauptkassierers.

Gelder gingen ein vom 22. April bis 31. Mai 1918: Ottenfen 100.—, Darmstadt 21.61, Northrein 25.—, Heilbronn 50.—, Eichardt 100.—, Chemnitz 100.—, Altona 400.—, Preßler 100.—, Dortmund 100.—, Weimar 50.—

Dresden 100.—, Lechhausen 100.—, Orlan 80.—, 30.—, Neuenkirchen 25.—, Schönlante 50.—, Göttingen 100.—, Weissenhof 100.—, Schleiß 100.—, Göttingen 100.—, Galun 100.—, Ostrow 50.—, Flensburg 100.—, Altona 200.—, Dödingen 100.—, Rostock 30.—, Chemnitz 300.—, Bamberg 200.—

Summa: 2978,40

### Zuschuß erhielten:

Wandebel 150.—, Neustadt 120.—, St. Aubert 100.—, Nordach 150.—, Rannheim 200.—, Arnstadt 300.—, Göttingen 150.—, Großsch 100.—, Neuhabs-Drageburg 100.—, Weissenhof 300.—, Karlsruhe 150.—, Witten 70.—, Chemnitz 200.—, Plagwitz 150.—, Bachmann 400.—, Weissenhof 180.—, Braunschweig 200.—, Hannover 300.—, Weissenhof 400.—, Wiesbaden 300.—, Dödingen 100.—, Göttingen 150.—, Stettin 200.—, Niederraden 200.—, Rad 200.—, Ostruf 150.—, Lössen 100.—, Nowawel 100.—, Frankfurt 1000.—, Wieser 300.—, Eutingen 200.—

Summa: 6000.—

Hamburg, den 31. Mai 1918.

S. Edel, Hauptkassier

### Chrentafel für unsere im Felde gefallenen Mitglieder

Chemnitz, Bruno Geißler, gefallen. Ependorf, Oswald Neßwagen, gefallen.

### Zur Beachtung.

Am den durch die jetzigen Postverhältnisse hervorgerufenen berechtigten Beschwerden zu helfen, werden wir von nächster Nummer an den Redaktionschluss auf den Montag legen. Dadurch können wir das Schuhmacher-Fachblatt einen Tag früher erscheinen. Wir müssen alle Sendungen für das Schuhmacher-Fachblatt von nächster Nummer ab schon am Freitag vormittag 9 Uhr in unsere Hände bringen. Die Redaktion und Expedition

Neuer Katalog über Schuhmacherwerkzeuge (ca. 170 Abbildungen) (haben erschienen) — Versand gratis und franco. — E. Wögele, Berlin, Kochergasse 23.

Die Urterienverkalkung (Erhinungen, Schlagfluß, Wess, Verhärtung und Blutung von Dr. Luba, Wertvolle Ratichläge und die zur Verhütung. Preis nur M. 1,80 per Nachnahme) Aug. Ehrlich, Verlag, Berlin-Glückliche

Handstanzmesse Größe I 8,00 M. — II 7,50 M. — III 6,50 M. Fernruf 600 Amt Ohlig. Theo Dreuer, Reichel & Co.

Gohlennägel! (Lack-Erfaß 14 u. 16 mm Probepostpatent M. 18,50 per Nachnahme liefert) Curt Robisch, München, Chormaldenstr. 27 post.

Nachruf. Als weitere Opfer des Weltkrieges seien Kollegen August Schwieger Wilhelm Heffe. Ein schwerer Krankheits, die er sich im Dienst zugezogen hat, nach der Rückkehr Paul Scheffelmann. Ihr Andenken wird stets in Ehren halten. Die Bahnhöfe Burg & Co.

Anzeigen finden im „Schuhmacherfachblatt“ weiteste Verbreitung.





